

Dr. Ludger Wollring
Winkhausstraße 1
45329 Essen

06. Oktober 2006

Ulla Schmidt in Dorsten – Solidarität & Versorgungssicherung

Feldnotizen zur Debatte um die Reform

Dorsten. Einladung des SPD-Ortsvereins. Aula des Gymnasiums Petrinum. 6.10.2006. 19 Uhr. Ca. 140 Anwesende. Darunter ca. 30 Ärzte. Es ist alles liebevoll vorbereitet. Man ist erwartungsgespant. Wir dürfen zu Gast sein. Sogar am Tisch ganz vorn. Vis-à-vis des Rednerpultes.

Die Ministerin ist pünktlich. Man ist stolz. Ulla lächelt. Den meisten ist nicht klar, dass diese Region als überversorgt gilt und deshalb hier künftig mehr Geld in die Kassenbeiträge hineinließen wird als aus dem Gesundheitsfonds zurückkommt.

Das wäre auch zuviel der Lektüre gewesen. Das ist zu kompliziert. Man vertraut auf Ulla. Die liebe Ulla. Man ist per du.

Das Motto zur Gesundheitspolitik ist: **Solidarität**. Ureigenes SPD-Terrain. Die CDU, so heißt es in der Eröffnung, verstehe darunter etwas anderes. Müdes Lächeln. Nur SPD-ler können wirklich solidarisch sein. Man fühlt sich sicher. Noch ahnt keiner der Basiskämpfer, welche Einschnitte die Reform für die Menschen in dieser Region mit sich bringen wird. Hauptsache keine 2-Klassen-Medizin. Dafür wird Ulla schon sorgen. Sie ist Lobby-resistent. Sagt sie ihnen auch. Das kommt gut rüber.

Freies Referat zum Stand der Dinge. Locker 1 Stunde frei aus dem FF. Unsere Ulla. Unsere Ministerin. Eine von uns. Toll mach Sie das. Extra für uns.

Die Moderatoren sammeln Fragen. Die Ärzte aus der Region melden sich. Gute Fragen. Gute Statements. Grauduszus kommt auch zu Wort. Dann kommt die Antwort zusammenfassend. Locker, mehrere Fragerunden, bei Unruhe der anwesenden Ärzte sofort lauter. Klassische Schule aus AStA-Zeiten. Und die Ministerin spricht für die Basis der SPD.

Solidarität, Ehrlichkeit, auch Vielfalt. Das sei wichtig. Und im Gesundheitssystem die **Versorgungssicherung**. Und **Versorgungsverbesserung**.

Reha soll Pflichtleistung der GKV werden, auch für Rentner. Mehr Vater-Mutter-Kind-Kuren solle es geben. Krankenhäuser sollen geöffnet werden für die ambulante Versorgung schwerer und seltener Erkrankungen. Der Patient müsse wählen können. Die Ärzte auch, ganz frei, ob sie hier oder dort, allein oder zusammen arbeiten wollen. Freie Ärzteschaft eben. Alles wird besser. Und niemand hätte eine bessere Lösung.

Der SPD-Ortsverein in Dorsten kann durchatmen. Hier hat keiner Angst vor Polikliniken. Weiß keiner um die geringere Lebenserwartung in deren Umfeld. Gerne Poliklinik. Ulla meint, da muss man kaum warten, 10 Minuten nur. Und alles unter einem Dach. Toll. Sie kennen den Preis nicht.

Aber jeder kennt hier Ärzte, auf die man verzichten könnte. Auch die Dame von der Barmer neben mir. Den und die eigenen natürlich ausgenommen. Die kennt man ja auch. Da ist man solidarisch. Blöd nur das mit den Wartezeiten.

Vielleicht träumen sie hier schon von der Kompetenz-Poliklinik-Dorsten. Tempel der einklassig solidarischen Sachleistung. Alles unter einem Dach. Für jedermann. Komplettversorgung, zügig doppeluntersuchungsfrei dank eCard. Service-orientierte Spitzenmedizin ohne Wartezeiten. McMed.

Keine Zweifel an der Basis. Ist vielleicht auch unsolidarisch. - Einer der Redner zitiert die Vorteile des Alters. „*Wer schlechter hört, überhört auch Kritik.*“ Wie wahr.

Und Ulla erklärt: wer Vorsorge betreibt, wer das System weniger belastet, der verdient auch Beitragsermäßigung. Klar.

Viele Menschen gebe es ohne Versicherung. Einige Hunderttausend. Auch diese lägen ihr am Herzen. Die vormals dort Versicherten sollen die Privatversicherungen wieder aufnehmen. Das gehe nicht an, dass diese ohne Versicherung bleiben. Deshalb VVG. Klar.

Nix klar. Das passt bei mir nicht zusammen und ich stelle die Verständnisfrage.

Erläutere kurz, dass wir uns ja gemeinsam mit der Ministerin in den letzten Jahren bemüht hätten um die von ihr genannten wichtigen Anliegen. Wir hätten uns um die medizinische Versorgungsverbesserung gekümmert. Sicher erfolgreich. Sie um die Reform der Versorgungssicherung. Aber die Patienten müssten jetzt mehr bezahlen als früher.

Und dass dieses die Erwartungen in den weiteren Verlauf der von ihr gewollten Reform dämpfen würde. Auch wegen einer gewissen Inkonsequenz bei der Verwendung der Begriffe „*gerecht*“, „*sozial*“ und „*sozial gerecht*“. Besonders aber würde ich das mit dem Motto des Abends – *Solidarität* – nicht verstanden haben.

Ersten hätten ja wir Ärzte schon immer einen großen Teil der Nicht-Versicherten solidarisch mit versorgt. Zweitens gäbe es in Deutschland schon im bisherigen System niemanden ohne Krankenversicherungsschutz. Denn sofern jemand keinen Versicherungsschutz hätte, träte das zuständige Sozialamt dafür ein. Ich verstehe also nicht, warum die Last denn nun von den Schultern der denkbar größten Solidargemeinschaft aller Steuerzahler auf die kleineren Schultern der Privatversicherungen zu legen sei.

Es handele sich ja nicht um Versicherungen sondern letztlich um die Gemeinschaft der Privatversicherten. Diese hätten doch gerechterweise auch Anspruch auf Respektierung ihres individuellen Lebenskalküls und ihrer individuellen Vorsorge, zumindest ebenso wie die GKV-Versicherten, denen die Ministerin in Anerkennung der erbrachten Eigenleistung (oder des „Gesundheitsglücks“) eine Beitragsreduktion und somit teilweise Entlassung aus der Solidargemeinschaft zugestehen wolle und werde.

Also, ich sähe da einen Widerspruch.

Aufmerksame Reaktion. - Aber die Antwort hat sich mir nicht ganz erschlossen. Es ging darum, dass man wohl den Betroffenen den Gang zum Sozialamt nicht zumuten wolle – gerade den ehemals Privatversicherten nicht. Und dass schließlich jeder eine Versicherung bräuchte. Und aus dem Fonds, in den letztlich alles eingehen sollte, würde dann auch angemessen / gerecht ausgezahlt.

Mit blieb der Eindruck, dass hier kein in sich geschlossenes ethisches Konzept sondern eher eine ideologische, vielleicht sogar populistische, Argumentation die logische Klammer liefern kann:

- Die gewährte Beitragsreduktion im GKV-Bereich ist nicht „unsolidarisch“ sondern „gerecht“.
- Dass den Nicht-Versicherten der Gang zum Sozialamt erspart und verweigert werden soll geschieht aus „Solidarität“.
- Die konsekutive (und durch NICHTS als populistische Argumente zu rechtfertigende) Belastung der Gemeinschaft der Privatversicherten ist nicht „ungerecht“ oder „asozial“ sondern „sozial gerecht“.

Sie hat gemerkt, wie die Antwort ankam. Für Dorsten reichte es. Gong, 21 Uhr, die Ministerin musste weiter. Abschiedsfotos mit den freundlichen und fleißigen Organisatoren der SPD-Basis. Dorsten war gut. Die Ministerin ging mit der Berlin-Essener Resolution in der Hand.

Mehr konnte ich in der Kürze nicht mitgeben.

Grüße also heute aus NRW
Ihr

Ludger Wollring